

Die Schweiz im nationalen und internationalen Steuerwettbewerb

Ein kommentierender Bericht
Von PIERRE GÜNTERT

„Die Kompetitivität im Wettkampf der Wirtschaftsstandorte um knapper werdende Ressourcen sowie um hoch qualifizierte Arbeitskräfte und Arbeitsplätze wird im Zuge der Globalisierung mehr und mehr zum entscheidenden Schlüssel nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Kleine, offene und hoch entwickelte Volkswirtschaften wie die Schweiz, sind dabei besonders gefordert. Für sie werden deshalb fiskalische Vorzugsbedingungen nachgerade zur voraussetzenden wachstumsstrategischen Erfolgsposition. Im Vordergrund steht dabei logischerweise eine international attraktive Unternehmensbesteuerung, zu der als Kernelement auch die fiskalische Privilegierung von Auslandsgeschäften der bei uns angesiedelten Holding-, Verwaltungs- und gemischten Gesellschaften gehört.“

Dies ist der Einladungstext zu einer Veranstaltung im August 2007 in St. Gallen mit einigen hochkarätigen Referenten, u.a. dem Schweizer Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vertretern aus Deutschland, wie Hans Eichel (ehem. Bundesfinanzminister) und Friedrich Merz (Mitglied des Bundestages), Prof. Schips (ehem. Konjunkturforschungsstelle ETH Zürich) und Prof. Kirchgässner (Direktor SIAW-HSG an Uni St. Gallen).

Ein Feuerwerk aus Kampfgeist, Wachstumseuphorie und permanenter Erfolgs-Herausforderung bereits im Einladungstext, nicht ohne Untergangsszenarien zu bemühen und die Angst bewusst zu machen, man könnte ja einmal auch zu den Verlierern gehören. Dagegen soll vehement angekämpft werden, wozu jedes Mittel recht zu sein scheint.



Was sind die positiven Argumente, die für den Steuerwettbewerb ins Feld geführt werden?

Hierbei geht es im Kern um zwei Punkte. Zum einen erzwingt der Steuerwettbewerb die Überprüfung des Umfanges der Staatstätigkeit und im Speziellen dessen Effizienz. Für die Tauglichkeit dieses Instrumentes gibt es zwar im ganzen OECD-Raum kaum nennenswerte positive Beispiele, dennoch wird dieses Argument gerne hoch gehängt. Kolportiert wird aber auch die Vermutung, Staatstätigkeiten seien per se ineffizienter, als privatwirtschaftliche Lösungen.

Zum anderen wird angeführt, Steuersenkungen erhöhen die Investitionstätigkeit. Wie schwach dieses Argument ist zeigt die Tatsache, dass die multinationalen Konzerne nicht zwingend dort investieren, wo sie Steuern zahlen. Die Reduktion der Steuerbelastungen konzentriert sich vor allem auf die hoch mobilen Steuersubstrate wie z.B. die Körperschaftssteuer, mit der Folge, dass die nicht mobilen Steuersubstrate höher belastet werden, dies häufig indirekt über die Erhöhung von Gebühren und Abgaben.

Bedenken kamen vor allen Dingen, wie zu erwarten war, von Vertretern direkt betroffener EU-Staaten. Aufgrund des Freihandelsabkommens bestehen jedoch wenig rechtliche und juristische Handhaben für eine Einflussnahme auf die Schweizer Steuerpraxis. Auch völkerrechtliche Einwände zielten ins Leere – es scheint, die Schweizer sind hier wieder einmal etwas schlauer?! Etwas geschickter argumentierten die beiden Schweizer Professoren Schips und Kirchgäss-

ner, welche vor allem auf die Ungleichbehandlung der Steuersubstrate, die Ungerechtigkeit durch die Asymmetrie der Gebietskörperschaften (kleine Kantone und kleine Länder als Profiteure), sowie auf das inhärente Konfliktpotential und die Schmälerung der Staatsaufgaben hinwies. Auch wurde die oft verwendete Vergleichsgrösse der Steuerquote hinterfragt, die im Grunde ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen ist. Mit der Abgabebelastung als bessere Vergleichsgrösse anstelle der Steuerquote oder der Steuersätze steht die Schweiz nämlich nach wie vor im internationalen Vergleich sehr gut da.

Ein treffendes Zitat für die hochmobilen Steuersubstrate möchte ich ihnen nicht vorenthalten; „Lustig ist das Zigeunerleben, brauchen dem Kaiser kein Zins zu geben“. Die damit verbundene Lastenverschiebung, sprich eine verstärkte Belastung der unteren und mittleren Schichten, wird mit wenigen Ausnahmen kaum thematisiert. Dass sogar im nationalen Kontext gegeneinander ausgespielt wird und einander gegenseitig die besten Steuersubstrate abgejagt werden, bekommt bereits eine etwas makabere Note. Die Verlierer ist notabene doch national oder international die betroffene Bevölkerung, geht doch mit jeder Transaktion ein Teil des normal geforderten Steuergeldes für die Allgemeinheit verloren, sehr zum Vorteil der hochmobilen.

Das Prinzip der „Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ scheint peu à peu ausgehebelt zu werden, ähnlich dem „Zinsverbot“ bei den Weltreligionen!

Selbst bei den gemäßigeren Referenten war zu erkennen, dass das Leistungsprinzip das Denken weitgehend prägt. So ist es nach wie vor erstaunlich, mit welcher Vehemenz das Wachstum als unausweichlich und undiskutabel daherkommt – ja sogar mit dem Präfix eines „Nachhaltigen Wirtschaftswachstums“ garniert – jeglichen Widerspruch bereits im Keime erstickend. Wenn man diese Maxime wieder einmal so richtig und flächendeckend eingebläut bekommen hat, dann wird es doch eher verständlich, wieso wir mit Vorschlägen für eine Geldreform derart hohe Barrikaden antreffen. Aus Angst, einmal nicht mehr bei den ersten dabei zu sein, ja vielleicht als Volkswirtschaft sogar zu den Verlierern zu gehören, werden Kräfte mobilisiert, die die inneren Stimmen von Gerechtigkeit, Fairness und Ethik weit übertönen. Es wurde einem bei dieser Veranstaltung einmal mehr klar, dass ein Handeln aus einer solchen Situation heraus, also aus Angst und mit dem Rücken zur Wand stehend, keine weitsichtigen und wohl überlegten Entscheidungen erwarten lässt.

Vielleicht stellt diese Erkenntnis aber auch ein mögliches Eingangstor für unsere Gedanken und Vorschläge dar. Wenn wir es schaffen, nur auf ein bis zwei aktuellen Gesellschaftsthemen mit unseren Lösungsvorschlägen die Angst der Bevölkerung zu minimieren oder zu entkräften, dann ist bereits ein gewichtiger Teil der Vorbereitungsarbeit gemacht.

Sowohl beim Boden wie auch beim Geld gibt es aktuelle Problemsituationen wie z.B. das Bauzonendilemma, das Sozialwesen, die Rentensicherheit etc., die es uns erleichtern könnten, eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen und zu sensibilisieren. ■



Zum Autor

Pierre Güntert, Präsident der INWO Schweiz, Jahrgang 1958. Beruf: Ingenieur und Lebenskünstler. Lebensmotto: Visionen nicht nur träumen, sondern möglichst umsetzen, immer etwas anders sein! Mit einer Ausbildung als Physiklaborant, Ingenieur und Betriebswirt wurde mir schon bald klar, dass unsere zukünftigen Gesellschaftsprobleme nicht einfach mit technischen Massnahmen und den bestehenden marktwirtschaftlichen Prozessen zu lösen sind. Daneben bin ich selber in einer Aufbruchstimmung, weil ich der Meinung bin, dass endlich die Zeichen der Zeit ernstgenommen werden müssten und daraus Veränderungen in Angriff zu nehmen sind (durch kluge, wohldosierte Systemeingriffe). Mit der Geld- und Bodenthematik u.a. der INWO, wird meine Aktivität im Bereich erneuerbare Energien und ökologischem Bauen um einen gewichtigen Teil ergänzt. Je länger, je mehr sehe ich für eine merkliche Verbesserung der Lebensqualität eine Anpassung des Geld- und Bodensystems als unausweichlich. Nicht, dass mit einer natürlichen Wirtschaftsordnung das alleinige Allerheilmittel gefunden wurde, aber es packt doch einige unserer Probleme direkt bei den Wurzeln an. „Darum freue ich mich speziell, mit der INWO aktiv an Projekten und Lösungen mitzuarbeiten, welche mutige Schritte in Richtung einer nachhaltigen Gesellschaft wagen“.

Weitere Infos unter: www.inwo.ch